

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

**19. Sitzung vom Montag, 8. Dezember 2008, 18.00 bis 22.40 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus**

Anwesend:	Gemeinderat 27 Mitglieder
	Stadtrat Walter Baur Walter Bosshard, Stadtpräsident Mark Eberli Hanni Guyer Jürg Hintermeister Hanspeter Lienhart Max Nievergelt Christian Mühlethaler, Stadtschreiber Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.
Entschuldigt:	Daniela Gehring
Vorsitz:	Stefan Schnegg
Protokoll:	Denise Meyer, Ratssekretärin
Weibeldienst:	Heinz Führer, Stadtweibel-Stv.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom



Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

1. Protokoll der Sitzung vom 17. November 2008
2. Voranschlag 2009
3. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
4. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Anfrage Rosa Pfister vom 15. November 2008, eingegangen 17. November 2008, betr. Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden. Wortlaut: „Die Nothilfeleistung nach einem Herzinfarkt entscheidet über Leben oder folgenschwere Hirnschädigungen. Ein Defibrillator kann dabei eine wichtige Rolle spielen und Leben retten.

Hat es im öffentlichen Raum der Stadt Bülach Defibrillatoren?

Hat sich der Stadtrat mit diesem Thema schon befasst?

Ist der Stadtrat bereit Defibrillatoren anzuschaffen?

Für die Beantwortung der Frage danke ich Ihnen.“

Anfrage Jürg Rothenberger vom 5. Dezember 2008, eingegangen 7. Dezember 2008, betr. neue Heim- und Pflegeplätze. Wortlaut: „Mit dem neu zu erarbeitenden Pflegeplatzkonzept wird der Stadtrat die Frage beantworten müssen, wie und wo die fehlenden Heim- und Pflegeplätze für Bülachs Senioren realisiert werden sollen.

Die FDP hegt die Befürchtung, dass nach einer Sanierung der Rössligasse für mehrere Millionen, kurzfristig keine Mittel mehr für die Schaffung dringend notwendiger Altersheimplätze vorhanden sein könnten. Ich erlaube mir deshalb, dem Stadtrat folgende Fragen zu stellen:

1. Hat der Bülacher Stadtrat bereits mit der Stiftung Grampen über die Schaffung neuer Heim- und Pflegeplätze verhandelt/gesprochen? Wenn ja, welche Ergebnisse wurden erzielt? Falls nein, warum nicht, wenn zwei Stadträte im Stiftungsrat Einsitz haben?
2. Hat der Stadtrat in den letzten zwei Jahren mit anderen privaten Heimbetreibern Gespräche geführt oder verhandelt?
3. Kann sich der Stadtrat eine Auslagerung der Altersinfrastruktur in und die operative Führung unter einer privatrechtlichen Stiftung überhaupt vorstellen?

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

4. Die Notwendigkeit einer Erweiterung des Grampen unter dem Namen Grampen plus ist offensichtlich und wird auch vom verantwortlichen Stadtrat befürwortet. Wer soll ein solches Erweiterungsprojekt initiieren?
5. Gedenkt die Stadt im Fall eines Erweiterungsbaus als Investor aufzutreten? Falls ja, ist der Stadtrat der Meinung, dass das Einbringen der freien, stadteigenen Parzelle als öffentlicher Beitrag genügen würde?

Ich danke Ihnen für die Beantwortung der obigen Fragen."

Gemäss Art. 42 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat zwei Monate, das heisst bis 8. Februar 2009, Zeit um diese Anfragen zu beantworten.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 17. November 2008

Das Protokoll der Sitzung vom 17. November 2008 wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

Traktandum 2

Voranschlag 2009

Ablauf:

1. Information Stadtpräsident Walter Bosshard zum Lohnbudget
2. Erläuterungen zum Voranschlag 2009 durch RPK-Präsident Alfred Schmid
3. Bemerkungen zum Voranschlag 2009 durch Finanzvorstand Stadtrat Walter Baur
4. Fraktionserklärungen
5. Detailberatung
 - Produktegruppenbudget kapitelweise
 - Investitionsrechnung kapitelweise
 - Steuerfuss
6. Schlussabstimmung Voranschlag 2009

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Stadtrat Walter Bosshard erklärt, im letzten Jahr habe der Stadtrat melden müssen, die Teuerung sei seit der Budgetierung gestiegen und er wolle dies im Budget berücksichtigen. Dieses Jahr sei es nun umgekehrt. Die Teuerung habe im August 2008 2.9% betragen, im November 2008 hingegen nur noch 1.5%. Im Budget sei mit 2.6% Teuerung und 0.8% individueller Lohnanpassung gerechnet worden. Der Stadtrat habe nun entschieden, den vollen Teuerungsausgleich und 1% für individuelle Lohnanpassungen zu beantragen. Die Lohnsumme sinkt somit gegenüber dem Budget um ca. 200'000 Franken.

RPK-Präsident **Alfed Schmid** bedankt sich im Namen der RPK beim Stadtrat und der Stadtverwaltung für den klaren und transparenten Voranschlag. Abklärungen und Rückfragen seien dadurch erleichtert worden und der Voranschlag erlaubte eine kritische Betrachtung.

Für die Präsentation wird mit folgenden Ergänzungen auf Beilage 1 verwiesen:

„Ergebnis“	Der Voranschlag 2008 wird gegenüber dem Ergebnis eine grosse Abweichung aufzeigen. In den Jahren 2006 und 2007 wurde besser abgeschlossen als budgetiert.
„Cash Flow“	Im Voranschlag 2009 ist der Cash Flow relativ tief.
„Ergebnis Werke“	Der Bereich Entsorgung ist unproblematisch, da keine Investitionen getätigt werden. Das Resultat ist deshalb nach der Gebührenreduktion etwa um den Nullbereich.
„Nettovermögen (+)/ Nettoschuld (-) Gemeindewerke“	Die Nettoschuld über 8 Mio. Franken im Bereich Wasser muss jährlich mit 10% abgeschrieben werden. Das kleine Vermögen von 1.9 Mio. Franken im Bereich Entsorgung sieht die RPK als Reservenschwankung und nicht als Eigenkapital.
„Nettoaufwand RE 2007 zu VA 2009“	Die Zuwachsraten der einzelnen Bereiche von der Rechnung 2007 zum Voranschlag 2009 sind sehr gross. Die Säulen „Bildung“ sowie „Soziales und Gesundheit“ stechen dabei heraus. Diese wuchsen über 20% und haben betragsmässig viel Gewicht.
„Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen“	Bei den Nettoinvestitionen gibt es eine grosse Differenz im Gebührenhaushalt, vor allem im Bereich Wasser.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

„Cash Flow Steuerhaushalt“	Der Selbstfinanzierungsgrad ist zum Teil sehr tief. In den letzten Jahren war er aber regelmässig über 100%.
„Steuerkraftausgleich netto“	Der Steuerkraftausgleich bewegt sich um die 10 Mio. Franken über die nächsten drei Jahre.
„Eigenkapital“	Bis und mit 2007 ist beim Eigenkapital das effektive Resultat eingetragen. Im 2008 beträgt es ungefähr 53 Mio. Franken, nimmt aber aufgrund von Investitionen wieder ab.

Kommentar der RPK zum Voranschlag 2009:

- Markante Kosten- und Ertragssteigerungen
- Defizit 0.4 Mio. entspricht der Zielsetzung (ausgeglichenes Budget)
- Investitionen
Steuerhaushalt: 7.6 Mio. sinnvoll und realistisch
Wasser/Abwasser: 4.4 Mio. Substanzerhaltung gewährleistet -> stabile Gebühren

Schlussfolgerung der RPK zum Voranschlag 2009:

- Voranschlag ist nach den Grundsatz-Beschlüssen ausgerichtet.
- Eine straffe Kostenbewirtschaftung drängt sich bei diesen Zunahmen immer mehr auf.
- Investitionen JA
 - wenn notwendig
 - wenn substanzerhaltend
 - wenn standortrelevant

Die RPK beantragt dem Gemeinderat

- die Genehmigung des Voranschlags unter Berücksichtigung der Korrekturen gemäss Abschied (einstimmig);
- die Senkung des Steuerfusses auf 98% des einfachen Staatssteuerertrags (grossmehrheitlich);
- die Ermächtigung des Stadtrats, die erforderlichen Mittel aufzunehmen (einstimmig).

Stadtrat Walter Baur freut sich, ein gutes Budget 2009 präsentieren zu dürfen. Gut heisse in diesem Fall ein ausgeglichenes Budget, in welchem die nötigen Investitionen enthalten sind und die hohen Ausgabenposten im Bereich Bildung, Management Dienste und Soziales eingerechnet sind. Auch mit der geplanten Steuersenkung von 4% sei das Budget noch ausgeglichen.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Mike Bader stellt seitens der RPK einen **Minderheitsantrag**, den Steuerfuss auf 102% des einfachen Staatssteuerbetrags zu belassen.

Fraktionserklärungen

Milos Alincic erklärt namens der SVP-Fraktion, dem Budget werde im Grossen und Ganzen zugestimmt. Kürzungen würden bei den jeweiligen Produktgruppen noch angebracht. Sorgen bereite der überproportionale Aufwand im Bereich Soziales und Gesundheit von 15.5 Mio. Franken und in der Bildung von 15.1 Mio. Franken. Er möchte gerne vom Stadtrat wissen, wie dieser mit diesem markanten Wachstum in Zukunft umgehen möchte. Zur Teuerung folge ein Antrag, diese auf 1.7% festzusetzen, wie dies auch der Kanton tue. Die Steuersenkung werde unterstützt. Er meint, Bülach stehe im Vergleich mit anderen Gemeinden zwar immer gut bis sehr gut da, beim Steuerfuss allerdings sei Bülach ganz weit hinten.

Andrea Schmidhauser begrüsst den Antrag, die Steuern um 4% zu senken. Damit verfolge der Stadtrat die Strategie, die Steuern dem kantonalen Mittel anzugleichen und Bülach dadurch attraktiver zu machen. Die Steuerfussenkung sei ein langjähriges Ziel der FDP und ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderats. Eigentlich sei ein Produktgruppenbudget mit moderatem Kostenwachstum erwartet worden, die massive Kostensteigerung müsse gestoppt werden. Die FDP habe sich dieses Jahr zum Ziel gesetzt, die Kostensteigerungen zu verringern. Die Anträge der Fachkommissionen werden unterstützt, wie auch diverse Minderheitsanträge. Man möchte ein ausgeglichenes Budget erreichen können. Der massive Personalmehraufwand könne nicht akzeptiert werden. Trotz dem nicht ganz zufrieden stellenden Budget werde dem Voranschlag 2009 zugestimmt. Die FDP werde der Steuerfussenkung mit Überzeugung zustimmen. Bülach sei schön und attraktiv, biete gute Infrastruktur und ein breites Bildungsangebot, der Steuerfuss aber sei alles andere als attraktiv. Mit der Steuerfussenkung erhofft man sich gute Steuerzahler nicht zu verlieren und juristische Personen nach Bülach zu holen. 10% Steuereinnahmen von juristischen Personen sollen angestrebt werden.

Mike Bader sagt namens der Grünen Fraktion: „Einmal mehr wirft der Voranschlag für das Jahr 2009 keine grossen Wellen, wenn man die Abschiede der Fachkommissionen durchschaut. Die Spezialisten in den einzelnen Fachkommissionen, notabene meistens bürgerliche Mehrheiten, sehen die Notwendigkeit der Ausgaben jeweils grossmehrheitlich ein. Nichtsdestotrotz wird sich die bürgerliche Seite heute einmal mehr mit Kürzungsanträgen zu profilieren versuchen. Dass es sich dabei nicht um sorgfältig abgeklärte Anliegen handelt, wird schon dadurch klar, dass diese in

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

den Fachkommissionen keine Mehrheiten gefunden haben. Es geht den bürgerlichen Exponenten nur darum, den Eindruck zu erwecken, sie könnten etwas gegen die steigenden Ausgaben unternehmen.

Wenn wir aber ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen und eine gute Bildung wollen, wenn wir die Schwächsten unserer Gesellschaft nicht fallen lassen wollen, dann kostet dies uns etwas. Streichen in diesen Bereichen heisst gleichzeitig Leistungsabbau. Wenn wir zudem wollen, dass Bülach für seine Einwohner und potentiellen Zuzüger attraktiver wird, dann müssen wir investieren, auch dies kostet uns etwas.

Nun könnte man natürlich auch beim Personal der Stadtverwaltung den Rotstift ansetzen. Aber auch dort würde es zu einem Leistungsabbau kommen. Die Stadt kann nicht einfach um Tausende Einwohner wachsen, ohne dass Mehrarbeit bei der Verwaltung entsteht. Dass die Verwaltung auf eine massvolle Kostenentwicklung achtet, zeigt folgender Vergleich: Zwischen 2001 und 2008 stieg die Anzahl Bülacher Einwohner um 18.2%. Im gleichen Zeitraum sind die Personalkosten der Stadt nur um 12.8% gestiegen, und dies nicht mal teuerungsbereinigt.

Wir Grünen wollen nicht Leistungen kürzen, wir wollen, dass mit den Einnahmen haushälterisch und somit auch nachhaltig umgegangen wird. Und wenn wir angesichts Millionenverlusten in den kommenden Jahren nun die Steuern senken, dann ist dies verantwortungslos!

Die Grüne Fraktion wird im Grossen und Ganzen den Anträgen der Fachkommissionen folgen, die Steuerfussenkung hingegen ablehnen."

Edith Planta führt folgendes aus: „Die EVP-Fraktion wird das Budget 2009 genehmigen, der Steuerfussenkung um 4 % aber nicht zustimmen.

Tatsache ist, dass wir mit steigenden Ausgaben in den Bereichen Soziales und Gesundheit rechnen müssen. Die Ausgaben in den Bereichen Bildung und Stadtverwaltung sind ebenfalls hoch. Die aktuelle Finanz- und Marktsituation lässt aber wenig auf eine Verbesserung hoffen. Im Gegenteil. Es ist mit einer Zunahme der Sozialfälle aufgrund der schlechteren Arbeitsmarktsituation zu rechnen. Wie der Stadtrat richtig feststellt, ist in den Bereichen Sozialversicherung, bei den Beiträgen an den Spitalzweckverband und den Krankenheimverband, dringender Handlungsbedarf angezeigt. Es ist aber ein Irrtum zu glauben, dieser Handlungsbedarf liege in der Kürzung der Ausgaben – und auch im Verzicht auf dringend notwendige Steuereinnahmen, indem man den Steuerfuss senkt.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Der Finanzplan erwähnt selber kritisch, dass die Stadt ein hohes Investitionsvolumen vor sich hat. Wir erinnern hier an den Sportpark Erachfeld, an die Erneuerung der Rössligasse, an die Realisierung neuer Pflegeplätze bzw. eines neuen zusätzlichen Wohn- und Pflegeheims und auch an die Massnahmen aus dem Kulturkonzept, deren Diskussion uns noch bevorsteht. Vor diesem Hintergrund können wir nicht auf Einnahmen verzichten, die wir mit einer Steuerfussenkung in Kauf nehmen müssten.

In unseren Augen ist eine kurzfristige Steuerfussenkung nur ein bedingter Standortvorteil. Wir müssen uns auch nichts vormachen, dass Bülach zu wenig attraktiv ist für sehr vermögende Bevölkerungsschichten. Bülach hat aber andere Stärken, die es zu nutzen gilt: Bülach hat eine sehr gute Verkehrsanbindung und bietet ein vielfältiges Bildungsangebot. Wir haben ein Kulturkonzept ausarbeiten lassen und wir können Bülach durch die Umsetzung der Vorschläge aus dem Kulturkonzept noch attraktiver machen."

Edith Planta fasst zusammen, dem Voranschlag 2009 werde die EVP zustimmen. Zu den Anträgen der Fachkommissionen werde einzeln Stellung genommen. Die EVP spreche sich für die Beibehaltung des jetzigen Steuerfusses aus.

Fritz Münger sagt: „Die Finanzen in Bülach sind nicht im Lot. Das Geld, welches Bülach in den letzten Jahren zugeflossen ist, hat nichts mit gesteuerter Finanzpolitik zu tun, sondern ist meist unerwartet, selbstverständlich erfreulich, eingetroffen. Es war einfach Glück. Mit anderen Worten, Bülach hat sich strukturell nicht zu einer ertragsreichen Stadt verwandelt. Die Devise heisst demnach mit den Finanzen in Bülach ist nicht herum zu laborieren. Sondern eine solide und nachhaltige Politik ist gefragt.“

Das vorgelegte Budget wird von der SP-Fraktion unterstützt. Wenn wir jedoch in die Zukunft schauen, wundern wir uns schon, wie realitätsfremd der Stadtrat geplant hat. Ich gehe davon aus, dass die Wirtschaftslage, in der wir uns jetzt befinden bzw. die Rezession, in die wir hineinlaufen werden, nicht in diese Vorlage eingeflossen ist. Es hat keinen Sinn, sich etwas vorzumachen, die Finanzlage, vor allem mit Blick auf den Finanzplan, lässt keine Steuerfussreduktion zu.

Die Standortvorteile in Bülach liegen in der Infrastruktur. Diese ist noch zu verbessern. Gerade im Hinblick auf diese Infrastruktur fehlen uns Investitionen bzw. sind sie uns klein, wie zum Beispiel:

- Alle sprechen vom Alterskonzept und des künftigen Bedarfes an Heim- und Pflegeplätzen. In der Finanzplanung sind unseres Ermessens zu wenige Investitionen geplant.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

- Im Hinblick auf das Kulturkonzept sind praktisch keine Investitionen ersichtlich.
- Haben wir in der Bildung tatsächlich an alles gedacht?

Es hat keinen Sinn, sich etwas vorzumachen, die künftige Finanzlage, vor allem mit Blick auf den Finanzplan aber auch die zu erwartende Rezession lässt keine Steuerfussreduktion zu.“

Detailberatung

Die vom Stadtrat beantragte Senkung der Teuerung inkl. individuelle Lohnanpassung von bisher 3.4% auf 2.5% ergibt eine Budgetminderung von 200'000 Franken.

Milos Alincic stellt den **Antrag** die effektive Teuerung von 1.5% und zusätzliche 0.2% für individuelle Lohnerrhöhung auszurichten. Daraus würde eine Reduktion von 350'000 Franken resultieren. Er merkt an, es könne wohl nicht falsch sein, da der Kanton ebenso handle.

Der Vorsitzende möchte nun zur Abstimmung über die beiden Varianten 2.5% und 1.7% schreiten.

Thomas Langhart meint, man stimme immer auch ab über die ursprünglich beantragte Variante aus Antrag und Weisung.

Da Verwirrung herrscht, ob über die 1.7%, 2.5% und 3.4% abgestimmt werden soll, stellt **Esther Caviola** den **Antrag**, über den ursprünglichen Stadtratsantrag (3.4%) ebenfalls abzustimmen.

Abstimmung

Der Gemeinderat **beschliesst** mit 15 Stimmen einen Teuerungsausgleich von 1.7%.

Stadtschreiber Christian Mühlethaler ist enttäuscht über den Entscheid. Er erachtet eine Erhöhung von 1.5% als selbstverständlich. Mit den 0.2% für individuelle Erhöhungen seien für 250 Leute gerade mal 44'000 Franken gesprochen worden. Es tut ihm Leid für die Mitarbeitenden, die gute Arbeit leisten.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Kapitel 1 – Bau und Umwelt

Andrea Schmidhauser stellt den **Antrag** BA-1 um 64'000 Franken zu reduzieren. Sie erwarte, dass die Baubewilligungen kostendeckend sind. Der Aufwand sei unwesentlich tiefer budgetiert, müsste ihrer Meinung nach aber wesentlich tiefer sein.

Stadtrat Hanspeter Lienhart erklärt, man habe das Thema bereits mehrmals diskutiert. Der Aufwand für Baubewilligungen sollte grundsätzlich gedeckt sein. Da aber Baubewilligungen drei Jahre gültig sind, könne man nicht nur Jahr für Jahr anschauen. Baubewilligungen werden zyklisch eingereicht. In Bauboom-Zeiten treffen viele Gesuche ein, in schwierigeren Zeiten sind Baugesuche aber rückläufig. Er weist darauf hin, dass man sich am runden Tisch geeinigt habe, die Phasen über fünf Jahre anzuschauen. Im 2007 habe man einen Ertragsüberschuss von 264'000 Franken generiert, im 2006 einen Ertragsüberschuss von 219'000 Franken und im 2005 resultierte ein Ertragsüberschuss von 68'000 Franken. Im Jahr 2004 war man mit 266'000 Franken im Minus und im Jahr 2003 mit 200'000 Franken im Plus. Wegen der dreijährigen Gültigkeit der Baugesuche sei es schwierig, den Betrag genau zu beziffern. Der im Voranschlag notierte Aufwandüberschuss von 64'000 Franken beruht auf der Annahme, dass weniger Baugesuche eingereicht werden im 2009. Mit der Gebührenverordnung sei durchaus eine ausgeglichene Rechnung möglich. Er merkt an, man höre schliesslich nicht auf zu arbeiten, sobald zum Beispiel im September die Zahlen erreicht werden und bittet den Gemeinderat, auf den sinnlosen Kürzungsantrag zu verzichten.

Bruno Basler findet namens der RPK die Neuerstellung von Parkplätzen bei den 16 Sozialwohnungen nicht nötig. Er **beantragt** deshalb, die Produktegruppe BA-3 um 19'000 Franken zu kürzen. Als Begründung wird angegeben, es bestünden bereits 15 Parkplätze. Weitere Parkplätze sollten im sozialen Wohnungsbau nicht nötig sein.

Thomas Langhart möchte vom Stadtrat wissen, ob die Parkplätze gratis abgegeben werden. Zudem merkt er an, die RPK komme mit politischen Anträgen und nicht mit ihrer eigentlichen Arbeit.

Stadtpräsident Walter Bosshard erklärt, die Parkplätze würden vermietet werden.

Milos Alincic erkundigt sich, ob schon bekannt sei, wer diese mieten soll (Sozialhilfeempfänger oder sonst jemand).

Stadtrat Mark Eberli erklärt, man nutze die Gelegenheit mit dem Bau der Gringglen. Die Kosten der neuen Parkplätze seien gering, die Einnahmen dagegen gross. Wer diese mieten werde, sei noch nicht bekannt.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Abstimmungen

- Der Antrag der FDP, die Produktegruppe BA-1 um 64'000 Franken zu entlasten, indem die Bewilligungen kostendeckend budgetiert werden, wird grossmehrheitlich abgelehnt.
- In der Folge wird der Produktegruppe BA-1 grossmehrheitlich zugestimmt.
- Die Produktegruppe BA-2 wird grossmehrheitlich genehmigt.
- Der Antrag der RPK, in der Produktegruppe BA-3 19'000 Franken durch die Einsparung von neuen Parkplätzen an der Allmendstrasse 62 zu streichen, wird durch den Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.
- In der Folge wird die Produktegruppe BA-3 grossmehrheitlich gutgeheissen.
- Den Produktegruppen BA-4 bis BA-6 wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 2 - Bildung

Abstimmung

Die Produktegruppen BI-1 bis BI-7 werden grossmehrheitlich genehmigt.

Kapitel 3 – Sport, Jugend und Veranstaltungen

Jürg Rothenberger stellt einen **Minderheitsantrag** zum Hallenbad (SJ-1). Das Defizit von 8'000 Franken soll in einen Einnahmenüberschuss von 20'000 Franken geändert werden, da mit dem Betrieb der neuen Sauna eine volle Kostendeckung erreicht werden sollte. Die Betriebsleitung habe auf die diesbezügliche Frage geantwortet, es sei ein anspruchvolles Ziel. Jürg Rothenberger wünscht dieses anspruchsvolle Ziel nun anzustreben. Er ist überzeugt, dass das erreicht werden könne, da auch die Eintrittspreise moderat erhöht wurden.

Stephan Blättler erklärt namens der Fachkommission II, dass bei SJ-2 eine Kürzung von 20'000 Franken **beantragt** werde. Die Kürzung basiere rechnerisch auf der Streichung des Projekts zentrale Turnhallenverwaltung, welches nicht durch übergeordnetes Recht vorgeschrieben sei. Das Projekt sei zurzeit noch nicht spruchreif. Zudem sei auf nächstes Jahr bereits das Projekt Bülkids geplant.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Die beantragte Kürzung von 10'000 Franken bei SJ-3 ergibt sich daraus, dass der Ideentopf doppelt budgetiert wurde.

Beat Guyer merkt zu SJ-2 an, betreffend die Unterstützungen an Sportvereine von 220'000 Franken seien aufs nächste Budget weitere Angaben erforderlich.

Stadtrat Jürg Hintermeister erklärt, er sei mit der RPK diesbezüglich bereits in Kontakt.

Mike Bader fragt, ob das Projekt Turnhallenbewirtschaftung noch nicht reif sei.

Gemäss **Stadtrat Jürg Hintermeister** ist das Projekt noch nicht ganz fertig. Im Moment fehlen noch Backgroundinfos. In einem halben Jahr sollte man soweit sein, um alles aufzeigen zu können.

Abstimmungen

- Der Antrag von Jürg Rothenberger, in der Produktegruppe SJ-1 28'000 Franken mehr Einnahmen bei der Sauna zu budgetieren, wird mehrheitlich abgelehnt.
- In der Folge wird die Produktegruppe SJ-1 grossmehrheitlich genehmigt.
- Der Antrag der Fachkommission II, in der Produktegruppe SJ-2 20'000 Franken für das Projekt zentrale Turnhallenverwaltung zu streichen, wird einstimmig gutgeheissen.
- In der Folge wird das bereinigte Produktegruppenbudget SJ-2 einstimmig gutgeheissen.
- Der Antrag der Fachkommission II, in der Produktegruppe SJ-3 10'000 Franken für den doppelt budgetierten Ideentopf zu streichen, wird grossmehrheitlich gutgeheissen.
- In der Folge wird das bereinigte Produktegruppenbudget SJ-3 einstimmig gutgeheissen.
- Die Produktegruppe SJ-4 wird grossmehrheitlich genehmigt.
- Der Produktegruppe SJ-VK wird grossmehrheitlich zugestimmt.

*** Pause 19.18 – 19.38 ***

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Kapitel 4 – Einwohner und Sicherheit

Abstimmungen

- Den Produktgruppen ES-1 und ES-2 wird einstimmig zugestimmt.
- Der Produktgruppe ES-3 wird grossmehrheitlich zugestimmt.
- Den Produktgruppen ES-4 bis ES-9 wird einstimmig zugestimmt.

Kapitel 5 – Finanzen

Mike Bader weist darauf hin, dass bei FI-4 mit dem Steuerfuss von 98% gerechnet wurde. Dieser Posten müsste bei einer allfälligen Ablehnung der Steuerfussenkung angepasst werden.

Abstimmung

Die Produktgruppen FI-1 bis FI-6 werden einstimmig gutgeheissen.

Kapitel 6 – Soziales und Gesundheit

Jakob Briner möchte die Steigerung des Budgets Soziales und Gesundheit erklären. Er gibt folgende Gründe an:

- Sozialversicherungsausgaben und Ausgaben beim Sozialamt seien durch eidgenössische und kantonale Gesetze bzw. Verordnungen vorgeschrieben. Diese lägen nicht im Ermessen des Stadtrats.
- Der Spital und der KZU seien Zweckverbände. Das Budget werde verabschiedet, Bülach habe den eigenen Anteil zu bezahlen. Auch hier sei kein Spielraum vorhanden.
- Aufgrund des zu erwartenden Fallanstieges bei den Zusatzleistungen und der Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung sei mit 700'000 Franken höheren Sachnettokosten gerechnet worden.
- Bülach sei massiv gewachsen. Mehr Einwohner führen automatisch zu höheren Sozialausgaben. Ausserdem hätten Bund und Kanton Leistungspflichten auf die Gemeinden verschoben,

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

was das Budget belaste. Im 2009 werde mit einem weiteren Anstieg der Fälle von ca. 10% gerechnet.

- Der Anstieg beim Spitalzweckverband sei auf höhere Sockelbeiträge zurückzuführen.
- Die höheren Ausgaben im Sozialamt resultieren aus der Erhöhung von 250'000 Franken für wirtschaftliche Hilfe. Dazu werden 75 Stellenprozente aufgestockt. Im Rahmen der Missbrauchsbekämpfung habe man 20% für den Sozialinspektor und 40% für eine Intakestelle (befristet bis Ende Juli 2009) bewilligt. Der Abteilungsleiter beantragte zusätzliche 15% zur Unterstützung.
- Werden die Details beim Reissverschluss angeschaut, sieht man, dass es an personellen Ressourcen fehle.
- Der Velosafe habe umgebaut werden müssen. Eine Vergrößerung sei dringend notwendig gewesen.
- Andere Gemeinden werden voraussichtlich im 2009 geringeren Bedarf an den Beschäftigungsprogramme haben.
- Gemäss Seite 90 des Produktgruppenvoranschlags sind die Sollwerte der Auslastungszahlen im 2006 und 2007 übertroffen worden. Man könne deshalb glücklich und zufrieden sein mit dem Reissverschluss.
- Das Budget der Kinderbetreuung sei trotz Bevölkerungswachstum nicht angestiegen.

Jakob Briner erklärt, viele Erhöhungen seien mit dem Bevölkerungswachstum zu erklären. Ausserdem seien 83% des Budgets seien nicht beeinflussbar. Man könne lediglich bei den übrig bleibenden 17% schrauben.

Milos Alincic wiederholt, eingangs sei gesagt worden, die Bürgerlichen wollen nur sparen und nichts ausgeben. Man sehe nun aber, dass für Soziales und Gesundheit 2000 im Jahr 7.5 Mio. Franken ausgegeben wurden. Im Jahr 2009 habe man bereits 15 Mio. Franken budgetiert. Die Einwohnerzahl habe sich in den letzten neun Jahren nicht verdoppelt, die Ausgaben für Soziales und Gesundheit aber schon. Es sei klar, dass einzelne Sachen nicht beeinflusst werden können. Vom Reissverschluss sei er nach wie vor nicht überzeugt. Auf Seite 89 des Voranschlags sei zu lesen beim Einkauf von Waren für Wiederverkauf werde mit 15'000 Franken mehr gerechnet. Er möchte wissen, um was es sich beim Einkauf und Wiederverkauf handle. Er könne sich nicht vorstellen, was da eingekauft und verkauft werde.

Stadtrat Mark Eberli erklärt, es handle sich um Material, welches man für Taglohnaufträge einkaufe und mit einer Marge weiterverrechne. Dies seien Materialien für Umzüge, Gartenarbeiten, Putzmittel etc.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Andrea Schmidhauser stellt namens der FDP den **Antrag**, bei der Produktegruppe SG-8 15'000 Franken für die Sekretariatsunterstützung des Abteilungsleiters zu streichen. Als Begründung gibt sie an, der Abteilungsleiter habe bereits eine Sekretariatsunterstützung, weitere 15% seien nicht nötig.

Gemäss **Stadtrat Mark Eberli** werden die zusätzlichen Stellenprozente gebraucht. Der Antrag erstaune ihn und sei aus der Luft gegriffen. Noch nie habe man mit ihm darüber gesprochen.

Jakob Briner weist nochmals auf die Einwohnerkurve hin. Man habe gesehen, wie diese angestiegen sei. Die zu behandelnden Gesuche werden immer mehr und auch die eingereichten Motionen bringen Mehraufwand.

Abstimmungen

- Die Produktegruppen SG-1 bis SG-7 werden grossmehrheitlich genehmigt.
- Der Antrag der FDP, die Produktegruppe SG-8 um 15'000 Franken zu reduzieren (Einsparung bei der Sekretariatsunterstützung), wird mehrheitlich abgelehnt.
- In der Folge wird die Produktegruppe SG-8 grossmehrheitlich gutgeheissen.
- Die Produktegruppen SG-9 bis SG-11 werden grossmehrheitlich gutgeheissen.
- Die Produktegruppe SG-12 wird einstimmig gutgeheissen.

Kapitel 7 - Städtische Betriebe

Bruno Basler möchte wissen, ob bei der Produktegruppe SB-2 „Baulicher Unterhalt (Werterhaltung)“ 450'000 Franken bei den Investitionen dazukommen oder gestrichen werden.

Stadträtin Hanni Guyer erklärt 900'000 Franken seien in der Investitionsrechnung eingestellt. Die Hälfte davon diene der Werterhaltung des Strassenbaus (siehe Seite 113 Produktegruppenvorschlag).

Abstimmung

Die Produktegruppen SB-1 bis SB-6 und SB-VK werden einstimmig genehmigt.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Kapitel 8 – Land- und Forstwirtschaft

Andrea Schmidhauser beantragt namens der FDP eine Kürzung um 20'000 Franken beim Forst (LF-1).

Stadträtin Hanni Guyer erklärt, es gehe hier um Leistungen für Dritte. Im Forst habe man schwere Holzerarbeit zu leisten. Forstmitarbeiter sollten wenn sie älter werden gesundheitlich entlastet werden. Arbeit für Dritte beinhalte unter anderem die Weibel-Stellvertretung. Ebenfalls sollen Stichprobenaufnahmen für Betriebspläne anderer Gemeinden gemacht werden können. Zu bemerken sei, dass das Personal auch Einnahmen generiere. Der Satz des Kostendeckungsgrads sei über 100%. Sie bittet den Gemeinderat, dem Antrag von Andrea Schmidhauser nicht zu folgen.

Alfred Schmid fügt zur Produktegruppe LF-4 (Friedhof und Bestattungen) hinzu, an der Sitzung vom 27. Oktober 2008 sei der Bericht behandelt und einstimmig genehmigt worden.

Abstimmungen

- Der Antrag der FDP, die Kosten im Forst (LF-1) um 20'000 Franken zu senken, wird grossmehrheitlich abgelehnt.
- In der Folge wird die Produktegruppe LF-1 grossmehrheitlich gutgeheissen.
- Die Produktegruppen LF-2, LF-3 und LF-S werden einstimmig genehmigt.
- Die Produktegruppe LF-4 wird einstimmig genehmigt.

Kapitel 9 – Management Dienste

Milos Alincic ergänzt, die Erhöhung der Stadtratsentschädigung und Spesenentschädigung sei in der Produktegruppe MD-1 eingerechnet.

Milos Alincic stellt **zwei Minderheitsanträge**:

- 1) Für den Stadtführer sind 50'000 Franken im Voranschlag 2009 enthalten. Bis anhin waren es nur 15'000 Franken. Gemäss Antwort des Stadtratschreibers handle es sich bei den zusätzlichen 35'000 Franken um eine Kostenschätzung betreffend die Mehrkosten gegenüber dem alten Stadtführer. Detailkosten seien noch keine bekannt. Sobald der Gemeinderat die Mittel

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

spreche, werde ein Detailplan erstellt. Eine Minderheit finde, es soll nicht auf Vorrat Budget bewilligt werden.

- 2) Beim Signalisationskonzept, welches mit 25'000 Franken budgetiert wurde, kenne man das Konzept nicht. Eine Minderheit sei der Meinung, man solle dafür nicht im vornherein 25'000 Franken sprechen.

Er beantragt deshalb MD-4 um insgesamt 60'000 Franken zu kürzen.

Stadtpräsident Walter Bosshard möchte die verschiedenen Projekte realisieren. Diese seien gestützt auf die Legislaturziele und die Studie, die mit dem Stadtrat erarbeitet wurde. Aus den drei Säulen Standortpolitik, Raumplanungspolitik und Wirtschaftspolitik habe man verschiedene Ziele definiert und daraus Massnahmen erarbeitet.

Im heutigen Stadtführer seien die ersten 5-10 Seiten von der Stadt Bülach, der Rest werde von einer Zeitung gestaltet. Mit dem geplanten Stadtmagazin soll die Kommunikation verbessert werden. Ideal wäre es, jeden Monat eine Zeitung herauszugeben. Darin soll ein Anlasskatalog enthalten sein um zu zeigen, wie belebt Bülach ist. Auch möchte man detaillierter über Anlässe berichten können. Mit dem Stadtmagazin soll den Einwohnern kommuniziert werden, wie es „aus dem Herzen tickt“. Man wisse bereits heute, was man etwa realisieren möchte. Zum heutigen Zeitpunkt verzichte man aber auf die Erstellung teurer Konzepte. Klar sei, dass man etwas bewegen müsse.

Bei der Idee mit dem Signalisationskonzept sei man schon sehr weit. Wenn zum Beispiel jemand im Bahnhof ankomme, wolle man ihn/sie mit einer ersten Tafel begrüßen. Abzweiger sollen bei Kreuzungen angebracht werden für Leute die zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind. Bülach habe gerne Besucher in der Stadt.

Johanna Wirth Calvo findet es gut, dass der Stadtrat versucht gutes Stadtmarketing wahr zu machen. Ob dies auf einem politischen Mitteilungsblatt oder auf einem von einer Zeitung unterstützten Magazin basiert, spiele keine Rolle. Es soll aber professionell sein.

Edith Planta fand es wichtig zu hören, dass die Kommunikation von der Stadt zur Bevölkerung verbessert werden soll. Sie ist der Meinung, dass über Anlässe und die Stadtpolitik berichtet werden soll. Sie brauche kein ausgereiftes Magazin in Händen zu halten, um sich vorstellen zu können um was es dabei geht. Im Grundsatz solle JA gesagt werden können zu diesem wertvollen Beitrag ans Stadtmarketing.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom



Milos Alincic stellt zu MD-5 einen **Minderheitsantrag**, die Informatik auf 1.65 Mio. Franken einzufrieren. Im Produktegruppenbudget stehe: „Im 2008 überarbeitete und verabschiedete der Stadtrat das IT-Leitbild und die IT-Strategie. Diese zwei Elemente bilden die Grundlage für die strategische Informatikplanung der kommenden fünf Jahre. Es ist vorgesehen, dem Gemeinderat einen Antrag für einen Rahmenkredit über die nächsten fünf Jahre 2009 – 2013 zu stellen.“ Leitbild und Strategie seien bis heute der Fachkommission nicht vorgelegen. Eine Minderheit sei der Meinung, man soll das Budget auf dem letztjährigen Niveau belassen. Er beantrage deshalb, im Budget 121'000 Franken zu streichen.

Edith Planta sagt, die Informatikkosten seien hoch und wachsen weiter. 60% der Kosten seien an feste Verträge gebunden (Prokotec, VRSG, Cablecom etc.) und 20% der Kosten seien für Reparaturen und Lizenzen eingestellt. Somit bleiben noch 20%, woraus Kosten für die Betreuung der Anwender abgedeckt seien. Mehrheitlich sei man der Auffassung gewesen, dass der Budgetposten belassen werden sollte, wie der Stadtrat ihn beantragte.

Milos Alincic erklärt, das Einfrieren des Betrages mache einen Unterschied in der Grössenordnung von 5-6%. Er fügt nachträglich zur Lohndebatte und Stadtschreiber Christian Mühlethalers Enttäuschung hinzu, im Produkt MD-5.1 seien 50'000 Franken eingestellt für individuelle Lohnerhöhungen bei besonders guten Leistungen.

Stadtschreiber Christian Mühlethaler erklärt, die 50'000 Franken seien für einmalige Prämien gedacht, die keinen Lohnbestandteil darstellen.

Alfred Schmid ergänzt, die RPK schaue die Projektabrechnungen jeweils an. Die IT-Projekte würden ebenfalls angeschaut. IT-Investitionen sowie die Erneuerung und der Unterhalt seien nicht einfach auseinanderzuhalten.

Stadtschreiber Christian Mühlethaler klärt auf, dass die laufende Rechnung den Betrieb der IT abdecke. Grössere Arbeiten wie die Erneuerung einer Datenbank würden als Investition anfallen.

Mike Bader betreut aus der RPK die Produktegruppe MD-5. Er merkt an, normalerweise finde jährlich eine Sitzung mit der Prokotec und der Verwaltung statt. Man habe das immer gemacht, nur dieses Jahr nicht. Kürzungsanträge seien noch nie gekommen. Er finde es nicht den richtigen Zeitpunkt für eine Kürzung. Eine kritische Prüfung sei aber ok. Er nennt es ein gefährliches Spiel, wenn einfach gekürzt wird und man nicht wisse, welche Auswirkungen aus Kürzungen resultieren.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Jürg Rothenberger stellt einen **Minderheitsantrag** aus der Fachkommission IV. Das Nachhaltigkeitsmanagementsystem im Betrag von 35'000 Franken soll seiner Meinung nach gestrichen werden. Zusätzlichen Stellenbegehren werde kritisch gegenübergestellt. Er fordert, dass bei jedem Produkt und bei jeder Anschaffung die Nachhaltigkeit berücksichtigt werde, auch ohne zusätzliches Personal zu bewilligen. Es scheine so, als dass für jede Zusatzaufgabe eine Stellenplanaufstockung nötig werde. Mit der Systemeinführung könne zugewartet werden.

Andrea Schmidhauser stellt im Namen der FDP einen weiteren **Antrag**. Die Plafonierung des IT-Budgets auf 1.65 Mio. Franken werde begrüsst, wie auch Antrag des Verzichts auf ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem. Das Budget sei um weitere 35'000 Franken zu kürzen. Die Stellen für den Nachhaltigkeitsbeauftragten und den IT-Beauftragten seien nicht nötig.

Mike Bader erklärt, mehr Einwohner würden zu mehr Aufgaben führen. Die Aufgaben würden nicht nur in der Privatwirtschaft wachsen, sondern auch in der Verwaltung. Man könne nicht „den Foifer und s Weggli“ haben. Es sei zudem zynisch, wenn man verlange mehr zu tun für die knapp erteilte Teuerung. Es werde seitens der FDP zwar bestätigt, dass die Nachhaltigkeit wichtig sei. Andererseits soll nun aber alles, was in diese Richtung gehe, verhindert werden.

Edith Planta meldet sich zum Kürzungsantrag der IT-Koordinationsstelle. Sie findet einen Verantwortlichen für diese speziellen Aufgaben sei nötig. Der Stadtschreiber könne nicht all diese Funktionen wahrnehmen.

Stadtpräsident Walter Bosshard sagt, dass das Thema Nachhaltigkeit innerhalb der Geschäftsleitung mit einem externen Experten behandelt worden sei. Eine detaillierte Analyse sei gestartet worden. Der Stadtrat werde nach Vorliegen der Relevanzanalyse entscheiden ob bzw. wie die Arbeit weitergeführt werden soll.

Zur Bevölkerungsumfrage meint er, dies sei eine erste Massnahme aus der Stadtentwicklung gewesen. Langfristig wäre es gut, am Ende einer Legislaturperiode zu schauen, wo der Schuh in der Bevölkerung drückt.

Die IT sei das Spiegelbild der Organisation. Eine heterogene Organisation, wie dies die Stadtverwaltung ist, sei nicht führbar ohne eine Top-IT. Man komme auf einen gefährlichen Pfad, wenn bei der IT gekürzt werden müsse. Die Informatik sei komplex und diene der Kommunikation. Die IT-Kosten seien zudem zu 4/5 gebunden. Wichtig wäre ein Inhouse-Spezialist. Die Nahtstelle der Verwaltung zum Anbieter soll durch einen Profi abgedeckt werden.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Stephan Blättler erklärt, im Abschied der Fachkommission II habe sich ein Fehler eingeschlichen. Insgesamt seien in der Produktegruppe MD-2 nicht 51'000 Franken, sondern nur 39'000 Franken zu streichen. Davon sei die Streichung von 23'000 Franken einstimmig. Es handle sich dabei um den Betrag an die Sternwarte für das Jahr 2009.

Von der Rechnung 2001 bis zum Voranschlag 2009 habe sich der Betrag im Kulturbereich verdoppelt. Heute seien wir bei über 0.5 Mio. Franken, was über 1% des Gemeindesteuerbetrags ausmache. Die Fachkommission II sei der Meinung, dass man auch im Kulturbudget Sparsamkeit walten lassen soll.

Beim Skulpturenweg wird eine Kürzung von 10'000 Franken beantragt. Der Skulpturenweg sei eine gute Sache, soll aber mit weniger Mitteln realisiert werden können. Deshalb schlage man eine Reduktion um die Hälfte vor.

6'000 Franken erhöhter Personalaufwand sei nicht plausibel für die Mehrheit der Kommission.

Barbara Fischer spricht für eine Minderheit der Fachkommission II und ist der Meinung, die Kürzungen beim Skulpturenweg und den Personalkosten seien nicht nötig. Das Wirkungsziel C „Fördern eines vielfältigen Angebots im Kulturbereich durch gezielte finanzielle Beiträge“ soll wahrgenommen werden. Der Skulpturenweg sollte deshalb verwirklicht werden. Es sei kein grosser Betrag, die Umsetzung koste nun mal so viel. Sie möchte nicht, dass das gewollte Kulturkonzept im Keim erstickt wird. Dem Personal soll die Freiheit gelassen werden daran zu arbeiten.

Jürg Rothenberger merkt an, seines Wissens sei das Kulturkonzept noch nicht verabschiedet vom Gemeinderat.

Der Vorsitzende bestätigt dies.

Stadtpräsident Walter Bosshard bestätigt den definitiven Beitrag an die Sternwarte von 17'000 Franken.

Am Skulpturenweg arbeite man seit zwei Jahren, zum grossen Teil ehrenamtlich. Jetzt komme noch die Umsetzung. Die 40 Skulpturen im Stadtgebiet sollen erkannt werden. Man soll wissen von wem und wann sie erschafft worden seien und wo diese stehen. Skulpturen sollen auch gepflegt werden. Ziel ist es, Sponsoren zu finden. Auch habe man im Sinn, die Skulpturen in die Stadtführungen einzubeziehen. Die Arbeitsgruppe für eine Stadt ohne Hindernisse plane einen

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Ausbau der Stadtführungen. So sollen zum Beispiel auch Blinde etwas von den Skulpturen haben, indem sie diese abtasten können.

Der Personalaufwand sei ebenfalls seriös angeschaut worden. Es werde keine neue Stelle geschaffen, sondern lediglich eine Umlegung vorgenommen.

Im Dezember werde der Stadtrat dem Gemeinderat seinen Entscheid zum Kulturkonzept zukommen lassen. Die Umsetzung des Konzepts komme im Jahr 2009 auf die Verwaltung zu. Eckwerte aus dem Kulturkonzept müssen dann definiert werden. Es soll auch eine Leistungsvereinbarung für das Kultur- und Begegnungszentrum vorgelegt werden können.

Es gehe auch darum erste Vorarbeiten für die 1200 Jahr Feier zu machen und an der Umsetzung des Skulpturenwegs zu arbeiten.

Johanna Wirth Calvo findet es wichtig, dass Bülach im Kulturbereich ein Zeichen setzt. Dies bringe entsprechende Kundschaft nach Bülach. Deshalb soll man auch in diesem Bereich nicht den Rotstift ansetzen. Sie bemerkt, dass seit 2001 schon einiges gemacht wurde und findet das gut.

Abstimmungen

- Die Produktegruppe MD-1 wird einstimmig angenommen.
- Der Antrag der Fachkommission II, bei der Produktegruppe MD-2 das Globalbudget um 23'000 Franken (Sternwarte) zu reduzieren, wird grossmehrheitlich angenommen.
- Der Antrag der Fachkommission II, bei der Produktegruppe MD-2 das Globalbudget um 10'000 Franken (Skulpturenweg) zu kürzen, wird mehrheitlich angenommen.
- Der Antrag der Fachkommission II, bei der Produktegruppe MD-2 das Globalbudget um 6'000 Franken zu reduzieren (Personalkosten), wird knapp gutgeheissen.
- In der Folge wird das bereinigte Globalbudget MD-2 mehrheitlich gutgeheissen.
- Das Produktegruppenbudget MD-3 wird grossmehrheitlich genehmigt.
- Der Antrag von Milos Alincic, den bisherigen Stadtführer (MD-4) beizubehalten und somit 35'000 Franken einzusparen, wird mit dem Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.
- Der Antrag von Milos Alincic, das Signalisationskonzept um 25'000 Franken zu kürzen, wird abgelehnt.
- In der Folge wird das Produktegruppenbudget MD-4 grossmehrheitlich gutgeheissen.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

- Der Antrag von Milos Alincic zur Plafonierung der IT-Ausgaben (MD-5) bei 1.65 Millionen Franken (Einsparung von 121'000 Franken) wird knapp abgelehnt.
- Der Antrag von Jürg Rothenberger zum Verzicht auf ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem (Ersparnis von 35'000 Franken) wird mehrheitlich abgelehnt.
- Der Antrag der FDP zur Minimierung der Personalsteigerung und Einsparung von 35'000 Franken durch die Streichung des IT-Koordinators und den Verzicht auf einen Nachhaltigkeitsbeauftragten wird mehrheitlich abgelehnt.
- Der Antrag der Fachkommission IV, bei der Produktegruppe MD-5 das Globalbudget um 50'000 Franken zu reduzieren und somit auf die Bevölkerungsumfrage zu verzichten, wird grossmehrheitlich gutgeheissen.
- In der Folge wird das bereinigte Produktegruppenbudget MD-5 mehrheitlich gutgeheissen.

*** 21.08 – 21.20 Pause ***

Gesamtabstimmung über den bereinigten Produktegruppenvoranschlag 2009

Mike Bader stellt einen Rückkommensantrag betreffend den Teuerungsausgleich und die individuelle Lohnerhöhung. Er findet es nicht richtig, dass die Befürworter des Teuerungsausgleichs von 1.7% gleichzeitig Spielraum für 4% Steuersenkung sehen und geht davon aus, dass bei einer weiteren Abstimmung die sehr gute Leistung der Angestellten der Verwaltung honoriert werde.

Für den Rückkommensantrag wird die Unterstützung von neun Ratsmitgliedern gefordert. 13 Mitglieder unterstützen diesen in der Abstimmung.

Esther Caviola zieht ihren Antrag, einen Teuerungsausgleich von 2.6% und individuelle Lohnerhöhung von 0.8% auszurichten, zurück.

In der Abstimmung wird der stadträtliche Antrag von 2.5% dem der SVP von 1.7% gegenübergestellt.

Andrea Schmidhauser findet, grundsätzlich solle ein Ratsentscheid toleriert werden.

Stadtpräsident Walter Bosshard hingegen ist froh über den Antrag. 0.2% könne man für individuelle Anpassungen kaum einsetzen. Er bittet deshalb, dem stadträtlichen Antrag von 2.5% zuzustimmen.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Abstimmung

In der ersten Abstimmung erhält der Antrag von Milos Alincic 12 Stimmen. Der Antrag des Stadtrats erhält ebenfalls 12 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen.

Der Vorsitzende lässt nochmals abstimmen, da die Totalzahl der abgegebenen Stimmen nicht mit den anwesenden Ratsmitgliedern übereinstimmt.

In der zweiten Abstimmung erhält der Antrag von Milos Alincic 13 Stimmen. Der Antrag des Stadtrats erhält ebenfalls 13 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Der Vorsitzende entscheidet mit dem Stichentscheid für den stadträtlichen Antrag von 2.5%.

Stadtschreiber Christian Mühlethaler bedankt sich beim Rat und trägt die Botschaft gerne ins Rathaus.

Andrea Schmidhauser findet es nicht rechtmässig, wenn die Abstimmung zweimal anders rauskomme und beim ersten Mal falsch gezählt worden sei.

Thomas Langhart fügt hinzu, er könne stimmen wie er wolle.

*** 21.28 – 21.33 Pause ***

Gemäss **André Rollin** wurden im Produktegruppenbudget total 302'000 Franken gestrichen. Insgesamt resultiert beim Voranschlag 2009 nun ein Verlust von 95'000 Franken gegenüber den vorgesehenen 397'000 Franken Verlust.

Abstimmung

Der Produktegruppenvoranschlag 2009 wird in der Schlussabstimmung mit 25 Ja : 2 Nein-Stimmen angenommen.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom



Investitionsrechnung

Kapitel 0 – Behörden und Verwaltung

Keine Wortmeldung – grossmehrheitlich genehmigt.

Kapitel 1 – Rechtsschutz und Sicherheit

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

Kapitel 2 – Bildung

Keine Wortmeldung – grossmehrheitlich genehmigt.

Kapitel 3 – Kultur und Freizeit

Andrea Spycher fragt, wie sich die 200'000 Franken für die Sportanlage Hagenbuchen zusammensetzen.

Stadtrat Jürg Hintermeister erklärt, das sei im Zusammenhang mit der Planung Hagenbuchen (Projektierungswettbewerb, Investorenwettbewerb, nicht aber Spatenstich).

Das Kapitel 3 (Kultur und Freizeit) wird grossmehrheitlich genehmigt.

Kapitel 4 – Gesundheit

Keine Wortmeldung – grossmehrheitlich genehmigt.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Kapitel 5 – Soziale Wohlfahrt

Milos Alincic erkundigt sich nach den 1.0 Mio. Franken fürs Alterswohnheim Rössligasse.

Stadtrat Mark Eberli antwortet, es handle sich um den Anteil für den Umbau und die Renovation der Rössligasse, mit welchem man fürs Jahr 2009 gerechnet hatte.

Das Kapitel 5 (Soziale Wohlfahrt) wird grossmehrheitlich genehmigt.

Kapitel 6 – Verkehr

Milos Alincic erkundigt sich, weshalb bei der Begegnungszone Altstadt, Verkehr (Konto 620.5010.154) 900'000 Franken eingestellt seien. Bewilligt habe der Gemeinderat lediglich 770'000 Franken.

Zudem stellt er einen **Antrag** auf Streichung von 100'000 Franken für die Tempo 30-Zone Gringglen-Böswisli (Konto 620.5010.182).

Stadtrat Hanspeter Lienhart erklärt, zum Zeitpunkt der Budgetierung sei der genaue Betrag noch nicht bekannt gewesen.

Zum Streichungsantrag betreffend Tempo 30-Zone Gringglen-Böswisli bemerkt er, dieser Antrag sei letztes Jahr schon gekommen. Im Vorfeld sei man der Meinung gewesen, man könne die Zone bescheidener oder kleiner machen. Heute 100'000 Franken zu streichen bedeute gleichzeitig die Streichung der Tempo 30-Zone.

Ursprung dieses Vorhabens sei eine Petition aus der Bevölkerung. Mit verkehrsberuhigenden Massnahmen möchte man die Lebensqualität im betreffenden Quartier verbessern. Die Tempo 30-Zone sei projektiert und geplant worden. Auch ein verkehrstechnisches Gutachten sei erstellt worden. Die Kantonspolizei müsse ebenfalls jeweils Stellung nehmen zu solchen Projekten. Über den eingegebenen Perimeter sei lange gestritten worden. Die Kantonspolizei hätte diesen lieber noch grösser gemacht (bis Allmend-/Schwimmbadstrasse) und bedauert, dass dieser erst ab dem Rietbach besteht. Nach der Verfügung der Tempo 30-Zone durch die Kantonspolizei reichte die FDP einen Rekurs ein.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Wer nun aber meine, man könne den Perimeter kleiner gestalten, der irre. Der Rekurs der FDP müsse nun abgewartet werden. Sofern der Perimeter verkleinert werden könne, werde die Direktion der Justiz und des Innern dem zustimmen.

Stadtrat Hanspeter Lienhart bittet den Gemeinderat, Vernunft walten zu lassen. Das Böswisli-Quartier sei nicht das Schönste in Bülach. In Bülach Süd sei nicht alles so gelaufen, wie es hätte laufen müssen. Der Verkehr in den Quartieren in Bülach Süd müsse reduziert werden. Am kommenden Mittwoch werde eine weitere Petition des Hohfuri-Quartiers eingereicht. Der Verkehr habe auch dort zugenommen.

Esther Caviola möchte in Erinnerung rufen, dass es im Böswisli-Quartier viele Kinder und eine Schule hat. Der Schleichverkehr, welcher als Abkürzung für ins Städtli dient, führe mitten durchs Quartier. Die Anwohner des Quartiers wünschen eine Tempo 30-Zone. Wenn dann eine Fraktion komme und verlange, dass das Projekt nicht umgesetzt werden soll, sei das vollkommen an den Leuten vorbeipolitisiert. Sie werde die Streichung der Tempo 30-Zone ganz sicher nicht unterstützen.

Jakob Briner erklärt, er sei einer der drei Initianten betr. Einführung von flächendeckenden Tempo-30-Zonen gewesen. In der Volksabstimmung sei die flächendeckende Einführung dann abgewiesen worden. Er betont, die damaligen Parteipräsidenten der FDP (Wilfried Meier) und SVP (Heinz Kousz) seien nie gegen die punktuelle Einführung von Tempo-30-Zonen gewesen.

Milos Alincic meint, „punktuell“ könne man auslegen wie man wolle. Er fragt Stadtrat Hanspeter Lienhart an, was die Stadtpolizei Bülach dazu meine.

Gemäss **Stadtrat Hanspeter Lienhart** unterstützt die Stadtpolizei Bülach das Vorhaben.

Max Nievergelt ist auch kein Freund der flächendeckenden Tempo 30-Zonen. Er ist aber Freund von limitiertem Tempo rund um Schulhäuser. Wenn der Perimeter nicht kleiner gestaltet werden kann, dann lieber so gross als gar nicht. Er weist auf den nicht ungefährlichen Schulweg hin.

Abstimmungen

Dem Antrag, in der Investitionsrechnung (Konto 620.5010.154) eine Reduktion von 130'000 Franken für die Begegnungszone zu berücksichtigen, wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Der Antrag um Streichung von 100'000 Franken für die Tempo 30-Zone (Konto 620.5010.182) wird mit 9 Ja : 16 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Das bereinigte Investitionsbudget Kapitel 6 (Verkehr) wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Kapitel 7 – Umwelt und Raumordnung

Keine Wortmeldung – grossmehrheitlich genehmigt.

Kapitel 8 – Volkswirtschaft

Keine Wortmeldung – grossmehrheitlich genehmigt.

Kapitel 9 – Finanzen

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

Gesamtabstimmung über die bereinigte Investitionsrechnung 2009

Gemäss **André Rollin** wurden im Investitionsbudget 130'000 Franken eingespart.

Der Investitionsrechnung 2009 wird in der Schlussabstimmung mit 24 Ja: 3 Nein-Stimmen zugestimmt.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom



Steuerfuss

Stadtrat Walter Baur erklärt, seit der Wahl im 2006 habe er ziemlich klar gesagt, dass Bülachs Steuerfuss zu hoch sei. Eine Anlehnung ans kantonale Mittel um jährlich 2% seien von ihm angestrebt worden. Auch eine Option, das Prozedere zu stoppen, sei vorgesehen gewesen. Er war wahnsinnig enttäuscht, dass letztes Jahr der Steuersenkung nicht zugestimmt wurde. Dass der Stadtrat jetzt mit 4% Senkung komme, sei nur eine Korrektur der Mittelfristplanung. 2% seien finanzpolitisch nicht bedeutend. 320'000 Franken seien ein Steuerprozent.

Zur Frage von Fritz Münger betreffend die Finanzkrise sagt er, der Stadtrat habe vor einer Woche einen Workshop zu Finanzen durchgeführt. Die Steuersenkung sei unter anderem auch ein Thema gewesen. Man habe geschaut, ob die Finanzkrise eine Auswirkung hat auf Stadt Bülach. Vergleiche einer Veränderung des SMI auf die Steuerkraft wurden durchgerechnet. Dabei hat man festgestellt, dass die Auswirkungen mit zwei Jahren Verzögerung folgen. Auch bei einer Senkung des BIP wurde geschaut, wie sich das auf die Sozialausgaben verhält.

2009 könne mit einer ausgeglichenen Rechnung gerechnet werden. Auch anfangs 2010 sehe es bis jetzt gut aus. 2011/2012 werde es dann erstmals enger. Mit einer jährlichen Defizitrechnung von 5 Mio. Franken und Eigenkapital von 50 Mio. Franken könnten 10 Jahre überstanden werden.

Mit der Steuersenkung wolle man ein Zeichen setzen und die Standortförderung nicht blockieren. Keine andere Stadt/Gemeinde im Kanton habe einen höheren Steuerfuss als Bülach.

Alfred Schmid zeigt die Steigerung des Nettoaufwands anhand einer Gegenüberstellung der Rechnung 2007 und dem Voranschlag 2009. Er bemerkt dazu, die Kosten seien in den letzten zwei Jahren beträchtlich gewachsen.

Das Nettoergebnis der Produktgruppen Bildung von 2000 bis 2009 zeige, dass im Bereich Bildung der Aufwand anfänglich stagniert habe. Durch das neue Schulbildungsgesetz sei dieser aber wieder angestiegen. Im Bereich Soziales und Gesundheit habe sich das Nettoergebnis von 7.6 Mio. Franken zu 15.5 Mio. Franken entwickelt. Sofern dies so weiter gehe, werde das Budget der Stadt Bülach gesprengt.

Im Finanzplan beschreibe Matthias Lehmann als allgemeine Korrekturmassnahmen zur Reduktion des Aufwands:

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

- Restriktives Budgetieren
- Kosten- und Leistungsanalyse
- Organisations- und Prozessoptimierung
- Personalbestandeskontrolle und ökonomische Materialbewirtschaftung
- Ueberprüfen von Kostenverteilungsschlüsseln bei überkommunalen Aufgaben
- Zurückhaltung bei Uebernahme von neuen zusätzlichen Aufgaben

Er empfiehlt dem Stadtrat, sich mit Szenarien befassen, die weder einfach noch angenehm sind:

- Leistungen hinterfragen
- vorausseilender Gehorsam streichen
- Investitionen priorisieren
- zentralörtliche Leistungen auf die Finanzierung überprüfen.

Die Erträge von 860'000 Franken aus juristischem Steueraufkommen machen nur gerade 2.8% der Steuereinnahmen aus. Von 400 juristischen Steuerzahlern zahlen 330 Steuerzahler lediglich durchschnittlich 400 Franken Steuern. Bei den natürlichen Personen ist bekannt, dass 10% der Steuerzahler die Hälfte des Steuereinkommens generieren. Es ist sinnvoll den Steuerzahlern, die Bülach unterhalten, Sorg zu halten.

Mit der geplanten Steuerreduktion werden nach wie vor 10 Mio. Franken Finanzausgleich erhalten bleiben in den nächsten Jahren. Er ist überzeugt, gegenüber den guten natürlichen Steuerzahlern ein Zeichen setzen zu können und unterstützt die Steuersenkung.

Mike Bader sagt namens der Grünen Fraktion: „Der Stadtrat hat in seinen im Finanzplan nachzulesenden finanzpolitischen Zielsetzungen festgehalten, wann er eine Steuerfussenkung für machbar und angemessen erachtet:

„Der Steuerfuss der Stadt Bülach soll sich mindestens stabil entwickeln. Wenn ein Ausgleich der Laufenden Rechnung und eine angemessene Selbstfinanzierung der Investitionen sichergestellt ist, soll der Steuerfuss gesenkt werden“

Der Selbstfinanzierungsgrad wird 2009 ca. 72% betragen. Ob das nun noch angemessen ist, lasse ich mal offen. Über die nächste Vierjahresperiode beträgt dieser weniger als 50%. Dies wäre mit einem grossen Nettovermögen ja noch verkraftbar. Nur unser Nettovermögen wird bereits Ende 2009 weitgehend aufgebraucht sein. Anschliessend drohen Millionenverluste.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Wie also kann ein sonst so seriös arbeitender Stadtrat da hinter einer 4%igen Steuerfussenkung stehen? Wie können da die bürgerlichen Ratsmitglieder, mit wenigen Ausnahmen, weiterhin eine Steuerfussenkung Richtung kantonales Mittel fordern.

Ihr Argument heisst: wir müssen Bülach steuerlich attraktiver machen, damit steuerkräftige Personen und Firmen sich in Bülach ansiedeln.

Bachenbülach müsste uns somit als bestes Beispiel dienen. Wie auch unsere bürgerlichen Politiker nun wollen, hat Bachenbülach den Steuerfuss seit 2000 massiv (um 18%) reduziert. Ziel war es, neben einem Abbau ihres grossen Eigenkapitals, steuerkräftige Personen nach Bachenbülach zu ziehen. Wie wir aus der Presse erfahren durften, sind Bachenbülachs Reserven nun aufgebraucht. Hat es etwas gebracht? Bachenbülachs Steuerkraft lag 1999 (vor der Steuerfussenkung) Fr. 249.00 pro Einwohner unter dem kantonalen Mittel (ohne Stadt Zürich), 2006 nach 6 Jahren sehr tiefen Steuerfusses schon Fr. 512.00 pro Einwohner unter dem kantonalen Mittel. In dieser Zeit sind u.a. auch zwei wichtige juristische Steuerzahler von Bachenbülach weggezogen. Und dies bei einem Steuerfuss von 86%! Jetzt müssen sie innerhalb von zwei Jahren den Steuerfuss um 19% anheben.

Man darf also getrost sagen, das Bachenbülacher Experiment ist misslungen. Und was macht nun Bülach? Wer kann da ernsthaft noch daran glauben, dass wenn wir in den nächsten Jahren den Steuerfuss wie im Finanzplan vorgesehen auf 112% aufs kantonale Mittel senken, die Steuerausfälle durch bessere Steuerzahler kompensiert werden könnten? Vielleicht sollten wir in diesem Parlament mal eine Umfrage machen, wer noch an den Weihnachtsmann glaubt?

Gehen wir mal davon aus, dass im Gegensatz zu Bachenbülach doch ein Wunder eintritt und tatsächlich einige steuerkräftigere Personen nach Bülach ziehen. Geht es uns dann finanziell besser? Nein! Hier kommt nämlich der Steuerkraftausgleich zum Zuge. Wenn Bülach seine Steuerkraft stärkt und näher ans kantonale Mittel rückt, erhalten wir weniger Steuerkraftausgleich. Wir sind dann vielleicht ein oder zwei Millionen weniger von den anderen Gemeinden abhängig, gleichzeitig verbrauchen wir aber unser Eigenkapital, um die Steuerausfälle zu decken. Wir verlieren also nur unseren finanziellen Spielraum, und dies in einer Zeit, wenn gerade die dicken schwarzen Wolken aufziehen.

Das einzige, was Bülach wirklich mehr Steuereinnahmen bringt, sind mehr Einwohner. Solange wir unsere Infrastruktur wegen diesen Zuzüglern nicht gross ausbauen müssen und diese Zuzüglern nicht von unseren Sozialwerken abhängig sind, solange wird Bülach unter dem Strich profitieren. Für Bülach ist somit ein massvolles Mittelstand-Wachstum wichtig. Und wie erreichen wir dies?

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Indem wir in unsere Standortfaktoren Schulen samt Kinderbetreuung und Wohnqualität investieren. Und eine hohe Wohnqualität wird nicht durch einen tiefen Steuerfuss erreicht, wir brauchen vielmehr eine lebendige Stadt mit gutem Kultur- und Freizeitangebot, wir brauchen Grünflächen, ein intaktes Naherholungsgebiet und wir brauchen eine Verwaltung, die auch in Zukunft ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Aber eine funktionierende Verwaltung, die ihre Aufgaben wahrnehmen kann, die ihren Einwohnern auch in schwierigen Zeiten helfend zur Seite stehen kann, genau das will die bürgerliche Seite des Gemeinderates und ein Grossteil des Stadtrates nicht. Wie sonst macht die beantragte Steuerfussenkung Sinn?

Wir werden für ein solches Handeln keine Hand bieten."

Frédéric Clerc meint, das Problem sei einseitig angeschaut. Bachenbülach gewinne mit der Firma Kissling einen grossen Industriebetrieb. Von der Lage her sei Bachenbülach kein grosser Vorteil gewesen gegenüber Bülach. Also werde der Steuerfuss eine Rolle gespielt haben.

Walter Fehr fügt hinzu, Stadtrat Walter Baur habe bestätigt, dass es im Jahr 2011/2012 finanziell enger werde. Alfred Schmid habe zudem aufgezeigt, dass wahrscheinlich in den kommenden Jahren mit steigenden Ausgaben gerechnet werden müsse. Man müsse in den Finanzplan schauen. Dort sehe man, dass mittelfristig kostenintensive Investitionen auf Bülach zukommen. Das Eigenkapital nehme massiv ab und die Verschuldung nehme um 20 Mio. Franken zu. Eine Steuerfussenkung sei vor diesem Hintergrund verantwortungslos. Er bittet zu überlegen, ob das mittelfristige Ziel eines gesunden Finanzhaushalts wichtiger sei oder eine kurzfristige Steuersenkung. Der Finanzhaushalt könne massiv aus dem Gleichgewicht fallen.

Jakob Briner beginnt zum Thema Steuerfussenkung mit der Aussage: „Alle Jahre wieder.“ Immer wieder würden die gleichen Argumente kommen. Man müsse anständigerweise sagen, es sei wahr, dass die letztjährige Rechnung und das Budget für nächstes Jahr besser aussehen als erwartet. Vor allem im Sozialen Bereich hätten die Ausgaben aber zugenommen. Die Steuereinnahmen seien zu tief. Es könne nicht angehen, dass juristische Personen im Durchschnitt 382 Franken Steuern bezahlen. Die Frage, wie man mehr gute Steuerzahler und Firmen nach Bülach bringe, sei nicht einfach zu beantworten. Der Stadtrat habe das schon lange probiert. Ein guter Steuerzahler gehe dann wohl zum Kanton, vereinbare ein Abkommen und zahle trotzdem wieder nichts. Dazu gibt es einzelne Firmen, die den Hauptsitz nicht in Bülach haben und deshalb sehr wenig Steuern zahlen. Bei den natürlichen Steuerzahlern ist es genau so. 12% der Steuerzahler mit einem Jahreseinkommen unter 5'000 Franken zahlen 55 Franken Gemeindesteuern. 57% der Steuerzahler zahlen im Durchschnitt 780 Franken.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom



Trotz einer Steuersenkung von 13% seien in einer Gemeinde in der Nähe von Winterthur gute Steuerzahler verloren gegangen. Der Steuerfuss sei bei der Standortwahl nur an fünfter oder sechster Stelle, wie das erwähnte Beispiel deutlich mache.

Bülach sei aber abhängig vom Steuerkraftausgleich. Deshalb sollten die Einnahmen nicht reduziert werden. Es gebe keinerlei Sicherheit, dass das juristische oder natürlich Steueraufkommen durch die Steuersenkung erhöht werde. 4% Steuerfussenkung brächte bei den oben erwähnten 57% der natürlichen Personen eine Reduktion von 30 Franken. Für 80% der juristischen Personen mache es 12 Franken pro Jahr aus. Die Steuereinnahmen, die durch eine Reduktion verloren gehen, könnten gut für die Altersheimrenovation gebraucht werden. Es gehe um die Frage, wo gespart werden soll – bei den Ausgaben oder bei den Einnahmen.

Fritz Münger meint, man könne sich lange über Standortvorteile streiten. Gute Infrastruktur sei ein sehr guter Standortvorteil. Dass man mit einer Steuerfusskürzung in Zeiten einer kommenden Rezession ein Zeichen setzen wolle, das könne er nicht begreifen und sei realitätsfremd.

Johanna Wirth Calvo wundert sich, dass man Veränderungen in der Wirtschaft nicht auch in die Steuerdiskussion integriert. Eine Lohnstrukturerhebung zeige, dass die Lohnschere zwischen 2004 und 2006 massiv aufgegangen sei. Das heisse, dass man auch bei der Bülacher Bevölkerung damit rechnen müsse, dass die Lohnschere sich noch mehr auftrue und mit weniger Steuereinkommen gerechnet werden müsse. Gute Steuerzahler seien heute da und übermorgen dort. Man müsse sich deshalb auf die Bevölkerung ausrichten. Sie hoffe, dass sich alle für die standfesten Bülacher einsetzen und die Senkung ablehnen.

Milos Alincic findet es gut, dass die linke Ratshälfte eingesehen habe, dass es an guten Steuerzahlern fehle. Es gebe Orte, die gute Infrastruktur biete und auch gute Steuerzahler habe. Ein hoher Steuerfuss bringe aber keine guten Steuerzahler nach Bülach. Er möchte dem Stadtratsantrag deshalb zustimmen und die geplante Steuerfussreduktion von 4% annehmen.

Stadtrat Walter Baur ergänzt, dass der letztjährige Wunsch nach Schuldenabbau erfolgt sei. Schulden seien zurückbezahlt worden (5 Mio. Franken), Investitionen habe man im normalen Rahmen ebenfalls getätigt. Das Eigenkapital sei erhöht worden, weil in den Jahren 2006 bis 2008 zu viele Steuern erhoben worden seien. Im 2008 werde weit über dem Budget abgeschlossen. Was letztes Jahr von linker Seite gewünscht worden sei, habe man umgesetzt. Hardliner seien wohl nicht mehr umzustimmen. Wer sich aber noch nicht entschieden habe, soll bitte der Senkung zustimmen.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Mike Bader weist auf seinen bereits gestellten Antrag, der Beibehaltung des Steuerfusses, hin.

Abstimmung

Dem Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss um 4% auf 98% zu reduzieren, wird mit 14 Ja : 13 Nein-Stimmen zugestimmt. Der Steuerfuss wird auf 98% festgesetzt.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung wird der Voranschlag 2009 inkl. Steuerfuss von 98% mit 16 Ja: 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Der Voranschlag 2009 des Politischen Gemeindegutes wird mit den vorhin beschlossenen Änderungen genehmigt.
 - 1.1 Der Produktegruppen-Voranschlag 2009 der Stadt Bülach mit einem Aufwandüberschuss von 104'545 Franken bei einem Ertrag von 102'688'757 Franken und einem Aufwand von 102'793'302 Franken wird genehmigt.
 - 1.2 Die Investitionen des Verwaltungsvermögens der Stadt Bülach mit Ausgaben von 12'196'000 Franken und Einnahmen von 231'000 Franken und Nettoinvestitionen von 11'965'000 Franken sowie die Nettodesinvestitionen im Finanzvermögen von 5'401'000 Franken werden genehmigt.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2009 wird auf 98 % (Vorjahr 102 %) des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Deckung des Geldbedarfs erforderlichen Mittel aufzunehmen.
4. Der Finanzplan 2008 – 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

5. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - Abteilung Finanzen (2 Originale für den Bezirksrat)

Traktandum 3

Fragen an Stadtrat und Kommissionen

Keine Wortmeldung

Traktandum 4

Verschiedenes

Rechtskraft von Versammlungsbeschlüssen

Gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 20. Oktober 2008 zur den Änderungen der Verordnung über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Funktionäre im Nebenamt (Entschädigungsverordnung, Evo) ist das fakultative Referendum ergriffen worden.

Die übrigen Gemeinderatsbeschlüsse aus der Sitzung vom 20. Oktober 2008 sind rechtskräftig geworden.

Rechtsbelehrung

Die Vorsitzende verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf seine ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Milos Alincic erkundigt sich, ob es stimme, dass ein Rekurs eingegangen sei gegen den Gemeinderat.

Die Frage wird von **Stadtrat Hanspeter Lienhart** bejaht. Es handle sich um den Beschluss betreffend die Begegnungszone.

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 08. Dezember 2008
Sitzung vom

Bülach, 15. Dezember 2008

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Geprüft:

Stefan Schnegg
Gemeinderatspräsident

Stephan Blättler
1. Vizepräsident

Esther Caviola
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung